

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung am Donnerstag, dem 06.09.2018 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Bontrup, Martin
Goehrmann, Josef Prof. Dr.
Haselkamp, Anneliese *Vertreterin von Ktabg.*
Schulze Esking
Holz, Anton
Hues, Alfons *Vertreter von Ktabg.* Danielczyk
Klaus, Markus
Schulze Havixbeck, Hubert
Schulze Tomberge, Ulrike
Selhorst, Angelika
Wenning, Thomas Dr. *Vorsitzender*
Willms, Anna Maria *Vertreterin von Ktabg.* Schulze
Entrup

SPD-Kreistagsfraktion

Kunstlewe, Manfred
Lindemann, Melanie
Sparwel, Birgitta
Vogt, Hermann-Josef *Vertreter von Frau Lindemann (s.B.)*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Kraneburg, Wilhelm Dr. (s.B.)

FDP-Kreistagsfraktion

Wohlgemuth, Christian

UWG-Kreistagsfraktion

Mensing, Hartwig (s.B.)

Vormals Familie/Die Linke Kreistagsfraktion

Gembalczyk, Rainer (s.B.)

Verwaltung

Foppe, Johannes-Gerhard Dr.
Grömping, Hermann
Helmich, Ulrich
Voß, Josef
Wermelt, Kai
Ebbing, Lisa (Schriftführerin)

Der Ausschussvorsitzende Dr. Thomas Wenning eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Lebensraumgestaltung in der Agrarlandschaft unter Nutzung vorhandener Programme – Erfahrungen zur Planung und Umsetzung im Projekt: „Hegebeauftragter für das Niederwild im Münsterland“
Vorlage: SV-9-1158
- 2 Entwurf des Bedarfsplans für den Rettungsdienst: Sechste Fortschreibung 2018
Vorlage: SV-9-1138
- 3 Anträge der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu den Themen Verwendung von Ersatzgeldern für die Förderung von ökologischem Landbau und zur biologischen Vielfalt in Kommunen
Vorlage: SV-9-1142
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-9-1158

Lebensraumgestaltung in der Agrarlandschaft unter Nutzung vorhandener Programme – Erfahrungen zur Planung und Umsetzung im Projekt: „Hegebeauftragter für das Niederwild im Münsterland“

Herr Specht stellt die Stiftung westfälische Kulturlandschaft, sowie das Projekt des Hegebeauftragten für das Niederwild im Münsterland vor. Ziel des Projektes sei es, wildfreundliche Strukturen in der Landschaft zu schaffen und so dem massiven Einbruch der Niederwild- und Feldvögelbestände entgegenzuwirken. Gemeinsam mit den Revierpächtern und Landwirten erarbeite der Hegebeauftragte unverbindliche Maßnahmenvorschläge und gebe gleichzeitig umfassende Informationen über bestehende Fördermöglichkeiten, so Herr Specht.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-9-1138

Entwurf des Bedarfsplans für den Rettungsdienst: Sechste Fortschreibung 2018

MA Wermelt stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage) die Veränderungen dar, die sich aufgrund des Entwurfs des Rettungsdienstbedarfsplans ergeben würden. Er stellt dabei die Änderungen in den Fahrzeugbeständen und an den Gebäuden für jede einzelne Rettungswache im Kreis vor.

Dezernent Helmich weist im Anschluss darauf hin, dass sich die in der Präsentation dargestellten Veränderungen aus dem vorliegenden Gutachten ergäben und sich jedoch nur auf die Rettungswachen beziehen würden. Es sei insofern mit zusätzlichen Veränderungen für die Leitstelle zu rechnen. Die Veränderungen, die sich aus dem Entwurf ergeben, seien notwendig, um die Hilfsfrist (Erreichen des Einsatzortes in 90 % der Fälle in unter 12 Minuten) einzuhalten. Wie in der Sitzungsvorlage 9-1138 dargestellt, werde in zwei Punkten aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der Kostenoptimierung vom Gutachten abgewichen.

Ktabg. Holz erläutert, dass es in der Fraktion intensive Beratungen zum Bedarfsplan gegeben habe. Ergebnis sei gewesen, dass der Entwurf heute zur Kenntnis genommen werde und nach der Beteiligung der Kostenträger voraussichtlich noch weitere fachliche Diskussionen geführt werden müssen.

Ktabg. Wohlgemuth fragt, wieso in Senden zukünftig am Wochenende durchgehend ein zweiter RTW eingesetzt werden soll und an den übrigen Wochentagen nur von 7.00 – 20.00 Uhr. AL Voß erläutert, dass dies mit den bestehenden Möglichkeiten für die Dienstplangestaltung begründet sei und nicht daran liege, dass in Senden an Wochenenden besonders viele Einsätze zu erwarten seien.

S.B. Mensing regt an, die Wachenstandorte so zu wählen, dass möglichst viele Gebiete in der

vorgegebenen Zeit erreicht werden können. AL Voß weist darauf hin, dass in dem Gutachten bestätigt worden sei, dass die derzeitigen Wachenstandorte strategisch günstig lägen. Wenn neue Standorte festzulegen seien, würde natürlich nach strategisch günstigen Standorten gesucht.

S.B. Mensing fragt, woraus sich die nicht abgerufenen Bereitschaftsstunden für die Mitarbeiter der Leitstelle ergeben (S. 86 des Gutachtens). AL Voß erläutert hierzu, dass sich die Mitarbeiter während dieser Zeiten in der Bereitschaft befänden. Diese Zeiten seien zu 100% als Arbeitszeit zu werten, auch wenn die Mitarbeiter sich gerade ausruhen oder anderweitig beschäftigen, müssen sie sich für den Notfall zur Verfügung halten.

Ktabg. Sparwel erkundigt sich danach, zu wann die geplanten Maßnahmen umgesetzt werden können. AL Voß erläutert, dass bisher lediglich die Änderungen an der RW in Ascheberg näher geplant seien. Diese Maßnahme werde voraussichtlich im September 2019 abgeschlossen sein. Mit den weiteren Planungen könne jedoch erst nach Verabschiedung des neuen Bedarfsplans begonnen werden. Ktabg. Sparwel erkundigt sich weiter nach den Inhalten, die noch mit den Kostenträgern abgestimmt werden müssen. Dezernent Helmich erläutert, dass sämtliche Inhalte des Bedarfsplans für die Abstimmungsgespräche relevant seien.

Ktabg. Dropmann hält den neuen Plan für zwingend erforderlich und plädiert für eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen.

S.B. Mensing fragt, wie der Personaleinsatz z.B. in Nottuln geplant sei. Herr Helmich erläutert, dass in Nottuln vornehmlich um die Vorhaltezeit für den Notarztwagen ausgeweitet werden soll und diesbezüglich eine weitere Kooperation mit dem Krankenhaus in Nottuln geplant sei. Es sei aber klar, dass die zusätzliche Personalgewinnung eine große Herausforderung sei.

Vorsitzender Dr. Wenning fasst zusammen, dass der Entwurf zur Kenntnis genommen werde und es sich im Wesentlichen um eine Abwägung zwischen Wirtschaftlichkeit und Erforderlichkeit der einzelnen Maßnahmen handelt.

Ktabg. Holz ergänzt, dass Einigkeit darüber bestehe, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte in keiner Weise akzeptiert werden dürfe.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-9-1142

Anträge der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu den Themen Verwendung von Ersatzgeldern für die Förderung von ökologischem Landbau und zur biologischen Vielfalt in Kommunen

S.B. Dr. Kraneburg erläutert den Antrag der Fraktion dahingehend, dass Hilfe für ökologische Betriebe gefordert wird. Er räumt jedoch ein, dass er aufgrund der unzulässigen Doppelförderung keine Erfolgsaussichten für den Antrag sehe.

Ktabg. Holz führt aus, dass es bereits viele Programme zur Förderung des ökologischen Landbaus gäbe. Er sehe teilweise sogar Probleme in der zu geringen Nachfrage – so werde z.B. Biomilch derzeit nicht in dem Maße abgenommen wie produziert wird.

Ktabg. Dropmann führt aus, dass das Ziel der Bundesregierung bei 20 % Bio-Landwirtschaft bis 2030 läge. Bisher sei dieses Ziel jedoch in weiter Ferne, sodass zusätzliche Möglichkeiten des Kreises zur Förderung gefragt sind.

Vorsitzender Dr. Wenning ergänzt, dass ein entsprechender Antrag mit einem entsprechenden Konzeptvorschlag versehen sein sollte und empfiehlt den Antrag zurückzuziehen.

Ktabg. Sparwel führt aus, dass in der SPD-Fraktion die gleichen Probleme gesehen werden.

Ktabg. Wohlgemuth findet den Grundgedanken des Antrags positiv. Er erwarte aber ebenfalls sinnvolle Vorschläge wie Ersatzgelder verwendet werden können.

Ktabg. Dropmann zieht den Antrag zurück.

In Bezug auf den zweiten Antrag führt s.B. Dr. Kraneburg aus, dass die ökologischen Ziele nicht erreicht würden und er sich erhoffe, dass der Kreis dies durch die Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ und dem Beitritt zum Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt e.V. unterstützen wird.

Ktabg. Holz gibt an, dass er die Gemeinden als vorrangige Ansprechpartner sehe. Insofern empfehle er den Antrag zurückzuziehen.

Ktabg. Kunstlewe kann durch beide Maßnahmen keine Verbesserungen erkennen.

Vorsitzender Dr. Wenning lässt sodann über den nachfolgenden Beschluss abstimmen:

Beschluss:

Der Kreis Coesfeld unterzeichnet die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ und tritt dem Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt e.V. bei.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen

Der Beschlussvorschlag ist damit abgelehnt.

TOP 4 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Keine Mitteilungen

TOP 5 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

In Bezug auf die Erderwärmung fragt s.B. Dr. Kraneburg an, inwieweit die Verwaltung Möglichkeiten sehe, ein Forum zu gründen, in dem sich Bürger aktiv am Klimaschutz beteiligen können. Dezernent Helmich sieht aktuell keine weiteren Diskussionsmöglichkeiten.

Vorsitzender Dr. Wenning weist darauf hin, dass Ktabg. Dropmann im Netzwerk Klimapakt aktiv sei und dort ggf. entsprechenden Möglichkeiten geschaffen werden könnten.

Dr. Wenning
Vorsitzender

Ebbing
Schriftführerin